

# Ärger über Israel

**Minister Niebel bekommt Zuspruch aus allen Parteien. Israel verhinderte seine Einreise in den Gazastreifen. Israel reagierte überrascht. Ranghohe Politiker dürften nie einreisen.**

Von Markus Sievers

Mit der Entscheidung gegen meine Einreise von Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) in den Gazastreifen hat Israel die deutsche Politik gegen sich aufgebracht – von Union bis Linkspartei.

Die „Verweigerungshaltung Israels ist nicht nachvollziehbar“, sagte SPD-Fraktionsvize Gernot Erler der FR. Ein solches Vorgehen schade der neuen Gazapolitik, zu der sich die Regierung in Israel durchgerungen habe. Die grüne Außenpolitikerin Kerstin Müller nannte es im Gespräch mit der FR „völlig inakzeptabel“, dass europäischen Politikern die Möglichkeit genommen werde, sich selbst ein Bild zu machen.

Außenminister Guido Westerwelle bedauerte die „Entscheidung der israelischen Regierung, Bundesminister Niebel die Einreise in den Gazastreifen zu verweigern“. Er selbst habe sich in Gesprächen mit seinem israelischen Amtskollegen mehrfach dafür eingesetzt, dass der Besuch Niebels zustande kommen könne. „Unklug“ nannte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Ruprecht Polenz (CDU) im Tagesspiegel die Haltung Israels. „Rechtswidrig und provokativ“ befand Wolfgang Gehrcke, außenpolitischer Sprecher der Linken. Union, FDP, SPD und Grüne bereiten derzeit eine gemeinsame Resolution vor, mit der der Bundestag Israel zu einer Lockerung seiner Gazablockade aufrufen soll.

Der Zentralrat der Juden kritisierte Niebel scharf. Das Verhalten Israels sei zwar undiplomatisch, sagte Generalsekretär Stephan Kramer. Niebel habe die Haltung Israels aber gekannt: „Es war sehr ungeschickt, wie Niebel das Ganze hat sich zuspitzen lassen.“

„Wir haben den Europäern schon seit langem erklärt, dass wir die Einreise ranghoher Politiker in den Gazastreifen nicht erlauben“, verlautete aus dem israelischen Außenamt. Man habe einen Präzedenzfall verhindern wollen.